



Bundesverband Wirtschaft,
Verkehr und Logistik e.V.

BWVL · Postfach 16 01 08 · 53060 Bonn

Lengsdorfer Hauptstr. 73
53127 Bonn
Tel.: 0228 - 925 35 0
Fax.: 0228 - 925 35 45

E-Mail: info@bwvl.de
www.bwvl.de

Sparkasse KölnBonn
Kto.: 38 700 241
BLZ: 380 500 00

Bonn, 14. Dez. 2005

Perspektiven 2006

Das Jahr 2005 neigt sich seinem Ende. Wieder einmal ist es Zeit, den Blick in eine hoffentlich erfolversprechende Zukunft zu richten. Nach dem beispiellosen Machtpoker und mühsamen Zusammenraufens der Politik während der letzten Monate halten wir es nun angesichts der Brisanz der sozialer und ökonomischer Schief lagen für dringend geboten, zur längst überfälligen Sacharbeit zurückzukehren. So sind denn auch alle Erwartungen auf eine allgemeine Trendwende in 2006 gerichtet. Eine der wesentlichen Voraussetzungen hierfür wird sein, dass die neue Regierungskoalition jeden einzelnen Punkt auf der langen Agenda progressiv anpackt, anstatt sich nur – wie in der Vergangenheit so oft – auf ein Reagieren zu beschränken. Hierzu sind mit besonderem Fokus auf die Verkehrspolitik im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD eine durchaus beachtenswerte Anzahl positiver Ansätze erkennbar. Doch Papier ist bekanntlich geduldig. An den Neuen auf dem Chefsessel des Verkehrsministeriums, Herrn Tiefensee, richtet sich denn unsere Erwartung, dass sein Bekenntnis zum Logistikstandort Deutschland und seine Initiative zu einem „Masterplan Logistik“ alsbald konkrete Formen annimmt.

Im Detail richten wir unseren dringenden Appell in Richtung Berlin die erforderlichen Mittel für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur im Allgemeinen und aus dem zusätzlichen Investitionsprogramm sicherzustellen. Dabei ist unbedingt eine stärkere Zweckbindung der Einnahmen aus der Lkw-Maut, Mineralölsteuer und Ökosteuer für die Straßenverkehrsinfrastruktur statt für sachfremde Zwecke anzustreben. Zudem muss sich die Höhe der Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Verkehrsträger daran messen lassen, wie letztere auch zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens beitragen.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Lkw-Maut darf die Begehrlichkeit der Finanzpolitiker keine Basis finden. Weiteren Mauterhöhungen, insbesondere mit dem Ziel des Eingriffs in den Modal-Split, ist eine deutliche Absage zu erteilen. Im Gegensatz dazu erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie im Sinne einer Wettbewerbsharmonisierung für das Verkehrsgewerbe den Weg des Mauterstattungsverfahrens in Brüssel mit dem notwendigen Nachdruck voranbringt. Im Zweifelsfall muss der Verkehrsminister selbst die Initiative ergreifen und das längst überfällige Verfahren ohne Rücksicht auf Brüssel in Gang setzen.



Bundesverband Wirtschaft,
Verkehr und Logistik e.V.

BWVL · Postfach 16 01 08 · 53060 Bonn

Lengsdorfer Hauptstr. 73
53127 Bonn
Tel.: 0228 - 925 35 0
Fax.: 0228 - 925 35 45

E-Mail: info@bwvl.de
www.bwvl.de

Sparkasse KölnBonn
Kto.: 38 700 241
BLZ: 380 500 00

Im Hinblick auf anstehenden Investitionsentscheidungen der Wirtschaft sehen wir auch einen dringenden Konkretisierungsbedarf hinsichtlich der Aussagen zur Schadstoffstrategie der Bundesregierung. Es muss schnellstmöglich Klarheit darüber geschaffen werden, wie zum Beispiel die steuerliche Förderung der Nachrüstung von Kraftfahrzeugen mit Partikelfiltern und die Anpassungen der Maut-Einstufung nach dem Emissionsverhalten der Lkw, insbesondere im Hinblick auf Euro 4 und Euro 5 aussehen sollen. Diese Konkretisierung wird dringend benötigt, um einen Investitionsstillstand zu vermeiden.

Nach dem jahrelangem Hickhack um die Einführung des digitalen Tachographen dürfte für das unternehmerische Handeln der Betroffenen seit dem Kompromiss zwischen EU-Rat und EU-Parlament nunmehr endlich Klarheit herrschen. In der Umsetzung der Einführung des digitalen Tachographen zusammen mit der Revision der EU-Sozialvorschriften wird eine der wesentlichen Herausforderungen des kommenden Jahres für die Disposition begründet sein. Dabei wird eine bisher in der Regel unterschätzte Kostenlawine aufgrund der direkten Investitionskosten in Fahrzeug und Betrieb sowie der indirekten Kosten, ausgelöst durch erhöhten Organisationsaufwand, Einschränkungen in den Dispositionsspielräumen und verschärfte Kontrollen etc., auf die Branche zukommen.

Die leiderprobte Verkehrs- und Logistikwirtschaft wird – wie schon so oft – mit höchstmöglichem Einsatz ihre anstehenden Hausaufgaben erledigen. Den Willen und die Tatkraft fordern wir jedoch für 2006 und darüber hinaus in besonderem Maße von allen politischen Entscheidungsträgern in Berlin und Brüssel ein!